

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 28/86

Berlin

10. Juli 1986

53. Jahrgang

*Stäglich*

## Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1985

Vor einem Jahr hat das Statistische Bundesamt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) revidiert<sup>1</sup>. Die Berechnungen des DIW über die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte wurden inzwischen mit den revidierten Daten der VGR abgestimmt. Berücksichtigung fanden auch neue Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung<sup>2</sup>, die die Deutsche Bundesbank unlängst veröffentlicht hat. Hilfreich waren schließlich Informationen zur Verteilung der Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen, die das Statistische Bundesamt in einem Spezialaufsatz zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgelegt hat<sup>3</sup>.

Das Geldvermögen der privaten Haushalte hat seit 1970 von 517 Mrd. DM auf 2,2 Bill. DM (1985) zugenommen; das Vermögen je Haushalt ist von 24 000 DM auf 90 000 DM gestiegen. Aus ihrem Besitz an Spareinlagen, Versicherungsguthaben und Wertpapieren haben die Haushalte Zinsen und Dividenden (vor Steuerabzug) in Höhe von 106 Mrd. DM (1985) erzielt (1970: 23 Mrd. DM).

### Ersparnis, Vermögensübertragungen und Finanzierungssaldo der privaten Haushalte

Die Ersparnis der privaten Haushalte<sup>4</sup> belief sich 1985 auf 135 Mrd. DM. Wie im Jahr davor ist sie stärker gestiegen als das verfügbare Einkommen, doch hat sie den Wert von 1981, als die Haushalte insgesamt 138 Mrd. DM sparten, noch nicht wieder erreicht. Die Sparquote lag 1985 mit 11,6 vH erheblich unter ihrem bisherigen Höchstwert (1975: 15,1 vH).

Bis Anfang der siebziger Jahre hatten Vollbeschäftigung und kräftige Einkommenssteigerungen die Spartätigkeit der privaten Haushalte begünstigt. Später aber beeinträchtigten die steigende Arbeitslosigkeit sowie der abgeschwächte Anstieg von Löhnen, Gehältern und Sozialeinkommen die Spartätigkeit breiter Bevölkerungskreise<sup>5</sup>.

Die Zahl der jahresdurchschnittlich registrierten Arbeitslosen überschritt 1975 erstmals seit 1954 wieder die Millionengrenze; seit 1983 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland mehr als zwei Millionen Arbeitslose. Von den

Unterstützungsempfängern — 1985 waren dies weniger als zwei Drittel aller Arbeitslosen — bezieht heute schon fast die Hälfte Arbeitslosenhilfe; sie ist geringer als das

<sup>1</sup> Vgl. Heinrich Lützel und Mitarbeiter: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1984. In: *Wirtschaft und Statistik*. Heft 8/1985.

<sup>2</sup> Vgl. Finanzierungsströme, Bestände an Forderungen und an Verbindlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1985. In: *Monatsberichte der Deutschen Bundesbank*. Nr. 5/1986.

<sup>3</sup> Vgl. Klaus Schüler: Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1983. In: *Wirtschaft und Statistik*. Heft 7/1984.

<sup>4</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck, Ersparnis und verfügbares Einkommen in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und jeweils ohne nicht-entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

<sup>5</sup> Vgl. Gedrückte Realeinkommen dämpfen private Sparneigung. Bearb.: Karin Müller-Krumholz und Reinhard Pohl. In: *Wochenbericht des DIW*. Nr. 31/1984.

Klaus Schüler: Einkommensverwendung nach Haushaltsgruppen. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*. Heft 2/1986.

Hans-Hermann Francke: Sparen bei reduzierten Wachstumserwartungen und hoher Arbeitslosigkeit. In: *Sparkasse*. Nr. 2/1986.

Tabelle 1

**Ersparnis, Geldvermögensbildung und Finanzierungssaldo der privaten Haushalte<sup>1</sup>**  
in Mrd. DM

Jahr	Ersparnis <sup>2</sup>	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete	Finanzierungssaldo	davon:	
					Geldvermögensbildung	Kreditaufnahme
1970	59,1	8,3	12,7	54,7	59,0	4,3
1971	63,9	11,1	15,0	60,0	67,2	7,2
1972	76,1	12,6	19,1	69,6	80,0	10,4
1973	79,8	12,7	20,2	72,3	77,6	5,3
1974	91,0	15,9	23,7	83,2	83,6	0,4
1975	103,9	17,7	25,3	96,3	104,0	7,7
1976	97,1	19,1	29,0	87,2	101,8	14,6
1977	94,7	19,3	30,6	83,4	98,6	15,2
1978	99,8	19,5	33,2	86,1	104,5	18,4
1979	113,0	19,8	35,1	97,7	118,2	20,5
1980	123,2	21,7	37,0	107,9	120,3	12,4
1981	137,9	21,9	38,1	121,7	129,0	7,3
1982	134,4	18,8	37,5	115,7	124,9	9,2
1983	121,0	22,3	39,1	104,2	116,5	12,3
1984	130,0	22,5	41,6	110,9	121,2	10,3
1985	135,3	21,7	42,0	115,0	127,4	12,4

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

*Quellen:* Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1985 Vorbericht, Reihe S. 8, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984. Finanzierungsströme, Bestände an Forderungen und an Verbindlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1985, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1986.

nur für begrenzte Zeit gezahlte Arbeitslosengeld. Um drastische Einbußen im Lebensstandard zu vermeiden, mußten Haushalte von Langzeitarbeitslosen ihre Ersparnisse auflösen oder sich sogar verschulden<sup>6</sup>.

Auch bei Haushalten von beschäftigten Arbeitnehmern, Rentnern und Beamtenpensionären gab es — wenn auch geringere — Einbußen des Realeinkommens. Ihr verfügbares Einkommen ist in den Jahren 1982 bis 1984 schwächer gestiegen, als sich die Kosten der Lebenshaltung erhöhten; dies hat zum Rückgang der Sparquote beigetragen. Die Sparquote der Selbständigen-Haushalte hat sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau stabilisiert.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird zwischen laufender Ersparnis und Vermögensübertragungen unterschieden. So zählen Arbeitnehmersparzulagen, Spar- und Wohnungsbauprämien sowie Anwartschaften auf betriebliche Alters- und Hinterbliebenenrenten als Vermögensübertragungen, die von privaten Haushalten empfangen werden. Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung bleiben hier außer Ansatz. Die staatliche Sparförderung ist immer mehr eingeschränkt worden. Pensionszusagen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung verloren in den letzten Jahren an Bedeutung, weil Unternehmen in Industrie und Handel neue Mitarbeiter z.T. nicht mehr in ihre Zusatzversorgung aufgenommen haben<sup>7</sup>.

Die Zuteilungen von Bauspareinlagen sowie die Tilgungen von Bauspardarlehen gelten als Eigenmittel zur Wohnungsbaufinanzierung und werden von der laufenden Ersparnis privater Haushalte als Vermögensübertragungen an Unternehmen abgesetzt. Während die Tilgungszahlungen auf Bauspardarlehen nach wie vor steigen, hat sich die Summe der zugeteilten Bauspareinlagen in den letzten Jahren wenig verändert. Das Niveau ist allerdings als Indikator der Vermögensbildung überhöht. Denn nicht alle Auszahlungen der Bausparkassen werden zur Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen verwendet; ferner handelt es sich um einen Bruttobetrag ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

**Geldvermögensbildung und -bestände der privaten Haushalte**

Vom gesamten Geldvermögen, das die privaten Haushalte 1985 in Höhe von 127 Mrd. DM bildeten, ist reichlich ein Viertel auf Sparkonten geflossen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser Anteil deutlich erhöht. 1984 war

<sup>6</sup> Vgl. Werner Balsen, Hans Nakielski, Karl Rössel, Rolf Winkel: Die neue Armut. Köln 1984.

<sup>7</sup> Vgl. W. Ruppert: Verliert die betriebliche Altersversorgung an Bedeutung? In: Ifo-Schnelldienst 9/1985.

Tabelle 2

**Geldvermögensbildung der privaten Haushalte<sup>1</sup>  
in Mrd. DM**

Jahr	Spar- einlagen	Spar- briefe	Sonstige Geldanlage bei Banken <sup>2</sup>	Geldanlage bei		Erwerb von			Sonstige Forderungen <sup>3</sup>	Ins- gesamt
				Bau- spar- kassen	Ver- siche- rungen	festver- zinsl. Wert- papieren	Aktien	Geldmarkt- papieren		
1970	21,2	1,5	7,8	5,4	7,8	10,2	1,4	—	3,7	59,0
1971	28,0	2,0	9,5	5,4	10,2	7,7	0,9	—	3,5	67,2
1972	31,7	3,5	11,6	6,9	11,9	10,5	-0,4	—	4,3	80,0
1973	15,7	5,4	17,8	8,5	12,9	10,5	1,5	0,4	4,9	77,6
1974	31,9	4,8	10,7	5,6	13,9	9,1	0,2	0,2	7,2	83,6
1975	66,0	8,9	-9,8	6,8	15,3	8,7	1,6	-0,3	6,8	104,0
1976	35,0	10,4	5,2	6,6	17,0	18,9	-0,0	0,7	8,0	101,8
1977	27,5	13,3	13,4	6,5	18,8	11,1	1,2	0,2	6,6	98,6
1978	29,8	10,2	16,0	7,3	21,0	9,2	1,9	0,4	8,7	104,5
1979	13,8	14,6	20,7	7,7	22,8	27,7	-0,9	0,8	11,0	118,2
1980	8,9	15,9	25,9	6,3	25,5	25,1	-0,9	0,4	13,2	120,3
1981	-2,6	13,4	25,4	5,7	27,7	48,2	-2,0	0,6	12,6	129,0
1982	36,2	12,5	12,2	4,8	31,8	16,3	0,5	1,9	8,7	124,9
1983	30,5	12,4	1,8	4,8	36,2	16,2	4,1	-1,4	11,9	116,5
1984	20,8	14,0	10,4	0,2	35,3	27,0	0,7	-0,6	13,4	121,2
1985	34,1	8,5	8,7	-1,1	40,6	20,8	3,5	-0,4	12,7	127,4

<sup>1</sup>) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — <sup>2</sup>) Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder. — <sup>3</sup>) Zunahme der Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds und sonstiger Forderungen.

Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4. Finanzierungsströme, Bestände an Forderungen und an Verbindlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1985, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1986. Geldvermögensrechnung des DIW.

der Spareinlagenbestand nur etwa in Höhe der Zinsgutschriften gestiegen. Offenbar haben die Sparer erkannt, daß nun auch das Kontensparen eine Realverzinsung erbringt, seit sich der Preisauftrieb abgeschwächt hat. Sondersparformen der Kreditinstitute (Zuwachssparen mit jährlich steigendem Zinssatz, Prämien- und Versicherungssparen) gewannen weiterhin an Bedeutung<sup>8</sup>, während andere Geldanlageformen bei Banken (Sparbriefe, Termingelder) 1985 weniger gefragt waren als im Jahr zuvor.

Die Geldanlage privater Haushalte bei Bausparkassen verliert seit längerer Zeit an Gewicht. Die Einschränkung der staatlichen Bausparförderung, Einkommenseinbußen und schließlich reduzierte Einkommenserwartungen haben ihre Spuren hinterlassen. 1984 hielten sich Einzahlungen auf Bausparkonten und Auszahlungen von Bauspareinlagen noch etwa die Waage; 1985 blieben die eingezahlten Bausparbeträge hinter den Auszahlungen zurück.

Auf die Geldanlage bei Versicherungen — im wesentlichen Lebensversicherungsunternehmen und Pensionskassen — entfiel 1985 fast ein Drittel der Geldvermögensbildung privater Haushalte. Lebensversicherungen sind für Selbständige neben dem Betriebsvermögen nach wie vor eine wichtige Form der Vorsorge für Alter und Todesfall, obwohl seit 1982 die gesetzliche Rentenversicherung

Selbständigen offensteht und Angehörige freier Berufe in speziellen Versorgungseinrichtungen pflichtversichert sind. Aber auch ein großer Teil der Arbeitnehmer-Haushalte hat Lebensversicherungsverträge, wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1983 erneut zeigte<sup>9</sup>. Angestellte mit höherem Einkommen wählen diese Anlageform, um nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben den gewohnten Lebensstandard aufrecht erhalten zu können; mit der Rente aus der Sozialversicherung allein wäre dies nicht möglich.

„Dynamische“ Lebensversicherungen, bei denen Prämienzahlungen und spätere Auszahlungssumme der Einkommensentwicklung angepaßt werden, berücksichtigen dieses Motiv in besonderer Weise. Die durchschnittliche Versicherungssumme der Arbeitnehmer-Haushalte liegt jedoch deutlich unter der von Selbständigen-Haushalten.

Festverzinsliche Wertpapiere haben die privaten Haushalte 1985 in geringerer Höhe erworben als im Vorjahr. Vermehrt nachgefragt wurden Auslandsanleihen. Wertpapiere der öffentlichen Hand (Bundesschatzbriefe und -ob-

<sup>8</sup> Vgl. Herbert Häffer, Manfred Schöler: Zur Marktbedeutung der Sondersparformen der Sparkassen. In: Sparkasse. Nr. 6/1986.

<sup>9</sup> Vgl. Jürgen Hertel: Ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte Ende 1983. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 11/1985.

Tabelle 3

**Geldvermögen der privaten Haushalte<sup>1</sup>**  
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Sparen		Sonstige Geldanlage bei Banken <sup>2</sup>	Geldanlage bei		Geldanlage in			Sonstige Forderungen <sup>4</sup>	Ins-gesamt
	Spar-einlagen	Spar-briefe		Bau-spar-kassen	Ver-siche-rungen	festver-zinsl. Wert-papieren <sup>3</sup>	Aktien <sup>3</sup>	Geldmarkt-papieren		
1970	205,0	4,8	64,4	39,6	78,0	40,6	52,0	—	32,7	517,1
1971	233,0	6,8	73,9	44,9	88,4	48,1	55,4	—	36,2	586,7
1972	264,7	10,3	85,5	52,1	100,5	56,3	57,9	—	40,4	667,7
1973	280,3	15,7	103,3	60,8	113,6	65,4	56,0	0,4	45,3	740,8
1974	312,2	20,5	114,0	66,5	127,7	76,1	53,0	0,7	52,5	823,2
1975	378,2	29,4	104,2	73,3	143,1	89,6	62,4	0,3	59,3	939,8
1976	413,1	39,8	109,4	79,9	160,3	114,4	59,9	0,9	67,3	1 045,0
1977	440,6	53,1	122,8	86,3	180,3	134,5	62,9	1,1	73,9	1 155,5
1978	470,6	63,3	138,8	93,6	202,5	138,7	69,0	1,6	82,6	1 260,7
1979	484,4	77,9	159,5	101,3	225,5	158,2	64,1	2,5	93,6	1 367,0
1980	493,3	93,8	185,4	107,7	251,1	176,7	63,2	2,8	106,8	1 480,8
1981	490,6	107,2	210,8	113,4	282,3	216,2	60,2	3,4	119,4	1 603,5
1982	526,8	119,7	223,4	118,2	314,0	249,8	62,2	5,4	128,1	1 747,6
1983	557,3	132,1	225,3	123,0	347,0	268,2	78,9	4,0	140,8	1 876,6
1984	578,1	146,1	235,2	123,2	383,3	304,9	84,6	3,4	153,3	2 012,1
1985	612,1	154,6	243,9	122,1	423,8	332,5	127,4	3,9	166,0	2 186,3

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2) Bargeld, Sichteinlagen und Termingelder. — 3) Zu Tageskursen bewertet. — 4) Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds und sonstige Forderungen.

Quellen: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4. Finanzierungsströme, Bestände an Forderungen und an Verbindlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1985, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1986. Berechnungen des DIW.

ligationen) fanden weiterhin lebhaftes Interesse, andere Rentenwerte wurden indes weniger beachtet. Ihre Aktienkäufe dagegen haben die Haushalte im vergangenen Jahr deutlich ausgeweitet. Hier war sicherlich die steil aufwärts gerichtete Entwicklung der Aktienkurse von Bedeutung, die erhebliche Gewinne ermöglichte. Allerdings machten die Aktienkäufe der privaten Haushalte 1985 nur ein Sechstel des Betrages aus, der in festverzinslichen Wertpapieren angelegt wurde.

Einschließlich der Ansprüche an betriebliche Pensionsfonds erreichte der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland am Ende des vergangenen Jahres eine Höhe von nahezu 2,2 Bill. DM, wenn man den Wertpapierbestand zu Tageskursen bewertet. Gegenüber 1970 hat sich der Vermögensbestand mehr als vervierfacht. Je Haushalt errechnet sich ein Geldvermögen von knapp 90 000 DM (1985) gegenüber 24 000 DM (1970).

An den Umschichtungen zwischen einzelnen Geldanlageformen ist zu erkennen, daß sowohl Renditebewußtsein als auch Vorsorgedenken der Sparer an Bedeutung gewonnen haben. Der Anteil der Spareinlagen mit vergleichsweise geringer Nominalverzinsung, die über Jahre hinweg unter der jeweiligen Preissteigerungsrate lag, ist zurückgegangen, die Anteile der Wertpapiere und der

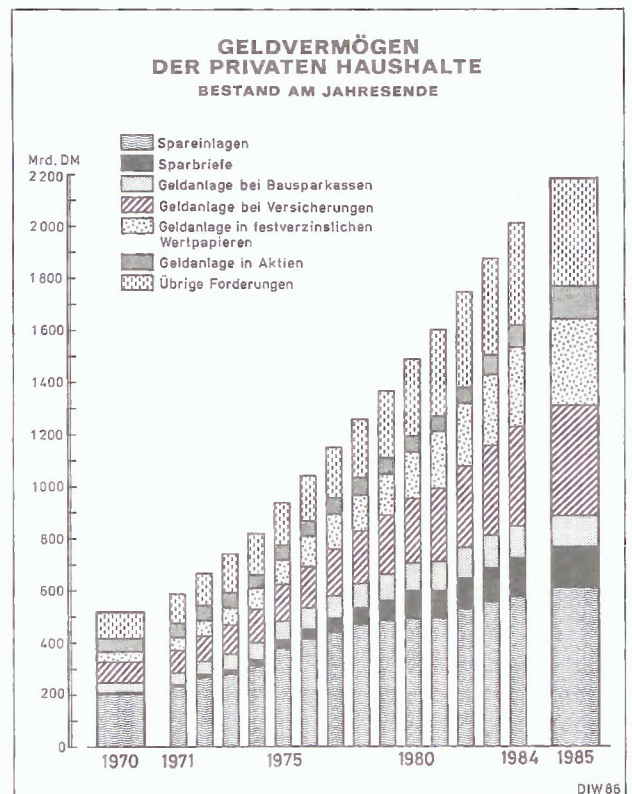


Tabelle 4

**Nettogeldvermögen der privaten Haushalte<sup>1</sup>**  
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Geldvermögen			Verpflichtungen			Nettogeldvermögen
	Bargeld und Sichteinlagen	Sonstiges Geldvermögen <sup>2</sup>	insgesamt	Bankkredite	Sonstige Verpflichtungen	insgesamt	
1970	55,5	461,6	517,1	27,9	4,4	32,3	484,8
1971	63,1	523,6	586,7	34,5	4,9	39,4	547,3
1972	70,9	596,8	667,7	44,1	5,8	49,9	617,8
1973	73,0	667,8	740,8	48,4	6,7	55,1	685,7
1974	78,8	744,4	823,2	48,7	6,9	55,6	767,6
1975	88,5	851,3	939,8	55,8	7,2	63,0	876,8
1976	94,6	950,4	1 045,0	69,7	7,7	77,4	967,6
1977	106,1	1 049,4	1 155,5	82,9	8,1	91,0	1 064,5
1978	118,3	1 142,4	1 260,7	99,7	8,6	108,3	1 152,4
1979	123,2	1 243,8	1 367,0	119,5	9,3	128,8	1 238,2
1980	127,0	1 353,8	1 480,8	130,8	10,4	141,2	1 339,6
1981	125,0	1 478,5	1 603,5	136,4	12,1	148,5	1 455,0
1982	132,8	1 614,8	1 747,6	143,6	13,0	156,6	1 590,6
1983	142,2	1 734,4	1 876,6	154,3	13,7	168,0	1 708,6
1984	148,8	1 863,3	2 012,1	162,8	14,5	177,3	1 834,8
1985	154,3	2 032,0	2 186,3	171,7	15,7	187,4	1 998,9

<sup>1</sup>) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — <sup>2</sup>) Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien zu Tageskursen bewertet.

*Quellen:* Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4. Finanzierungsströme, Bestände an Forderungen und an Verbindlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 5/1986. Berechnungen des DIW.

Versicherungsguthaben am gesamten Geldvermögen sind größer geworden.

Neben dem Geldvermögen verfügen die privaten Haushalte über einen erheblichen Bestand an Sachvermögen. Für 1982 rechnet das Statistische Bundesamt<sup>10</sup> den Haushalten Wohnbauten im Wert von 1,8 Bill. DM und bebaute Grundstücke im Wert von 1,1 Bill. DM zu. Diesen Werten stehen allerdings rund 0,5 Bill. DM aus Hypothekenkrediten u.ä. gegenüber.

**Kreditaufnahme, Verpflichtungen und Nettogeldvermögen der privaten Haushalte**

Alljährlich haben die privaten Haushalte nicht nur Geldvermögen gebildet, sondern auch Kredite für Konsumzwecke aufgenommen, deren Höhe jeweils vom Zinsniveau und von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage bestimmt wurde. Ende 1985 stand dem Geldvermögensbestand der privaten Haushalte in Höhe von 2,2 Bill. DM ein Bestand an Verpflichtungen von insgesamt 187 Mrd. DM gegenüber. Von 1970 an erhöhten sich die Verpflichtungen relativ stärker als die Guthaben, doch die Entwicklung des Nettogeldvermögens wurde davon wenig berührt.

Der Nettogeldvermögensbestand privater Haushalte belief sich Ende 1985 auf 2,0 Bill. DM, gegenüber 485 Mrd. DM im Jahr 1970. Je Haushalt betrug das Nettogeldvermögen 79 000 DM (1985) bzw. 22 000 DM (1970). Nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) überwogen freilich 1983 bei fast einem Zehntel der privaten Haushalte die Kreditverpflichtungen, und 5 H der Haushalte hatten weder Geldvermögen noch Schulden. Von den Haushalten mit positivem Nettogeldvermögen verfügte etwa die „ärmere“ Hälfte über ein Zehntel des erfaßten Vermögensbestandes, und die „reichsten“ 10 vH der Haushalte besaßen 45 vH des gesamten Geldvermögens. Seit 1973 hat sich die Vermögenskonzentration etwas erhöht<sup>11</sup>.

<sup>10</sup> Vgl. Liane Schmidt: Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. In: Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u.a.: Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen — Revision und Erweiterungen. Band 4 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt. Stuttgart und Mainz 1986, S. 128.

<sup>11</sup> Vgl. Manfred Euler: Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 5/1985.

Tabelle 5

**Vermögenseinkommen der privaten Haushalte<sup>1</sup>**  
 in Mrd. DM

Jahr	Zinsgutschriften auf					Sonstige Zinsen, Nettopachten u.ä. <sup>2</sup>	Aus-schüttungen d. Untern. mit eigener Rechtspers.	Ver-mögens-einkommen ins-gesamt	Nachrichtlich:	
	Spar-einlagen	Spar-briefe	Bau spar-einlagen	Versiche-rungen	festver-zinsliche Wert-papiere				Zinsen auf Kon-sumenten-schulden	Verm.-eink. nach Abzug d. Zinsen auf Konsum-schulden
1970	10,1	0,2	1,0	4,0	2,6	3,3	2,2	23,4	3,3	20,1
1971	11,0	0,4	1,1	4,5	3,2	3,6	1,9	25,7	4,2	21,5
1972	11,6	0,6	1,3	5,3	4,1	4,2	1,9	29,0	4,8	24,2
1973	15,3	0,9	1,5	6,1	5,1	6,1	2,1	37,1	6,3	30,8
1974	18,2	1,4	1,7	7,1	6,1	4,5	2,5	41,5	7,3	34,2
1975	16,9	1,9	1,9	8,6	6,9	5,0	2,7	43,9	6,8	37,1
1976	16,3	2,7	2,1	9,8	8,4	3,9	2,2	45,4	6,6	38,8
1977	15,4	3,5	2,3	11,0	9,1	4,6	2,9	48,8	7,1	41,7
1978	14,0	4,2	2,5	12,5	9,7	4,6	2,2	49,7	7,7	42,0
1979	17,5	5,4	2,6	14,0	11,8	3,8	2,7	57,8	9,6	48,2
1980	24,2	6,6	2,8	15,9	14,0	7,4	2,8	73,7	13,8	59,9
1981	26,7	7,7	2,9	19,0	18,9	10,7	2,8	88,7	17,5	71,2
1982	27,9	8,7	3,2	22,2	20,0	14,2	2,8	99,0	19,4	79,6
1983	21,3	9,6	3,4	24,2	21,9	10,5	2,7	93,6	17,8	75,8
1984	21,4	10,6	3,4	26,2	23,6	11,9	3,5	100,6	17,6	83,0
1985	21,9	11,2	3,4	27,5	25,4	13,1	3,2	105,7	17,9	87,8

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2) Zinsen auf Termingelder, Emmissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1985 Vorbericht, Reihe S. 8, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1984. Berechnungen des DIW nach Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

**Vermögenseinkommen der privaten Haushalte**

Mehr als vier Fünftel ihres Geldvermögens halten die privaten Haushalte in verzinslichen Anlagen, aus denen sie alljährlich Erträge in beträchtlicher Höhe erzielen. 1985 machten die Vermögenseinkommen mit knapp 106 Mrd. DM fast 8 vH aller Primäreinkommen aus, die an private Haushalte geflossen sind. Dabei erbrachte das verzinslich angelegte Geldvermögen eine Durchschnittsrendite von knapp 6 %, die wegen der gesunkenen Kapitalmarktzinsen gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen ist.

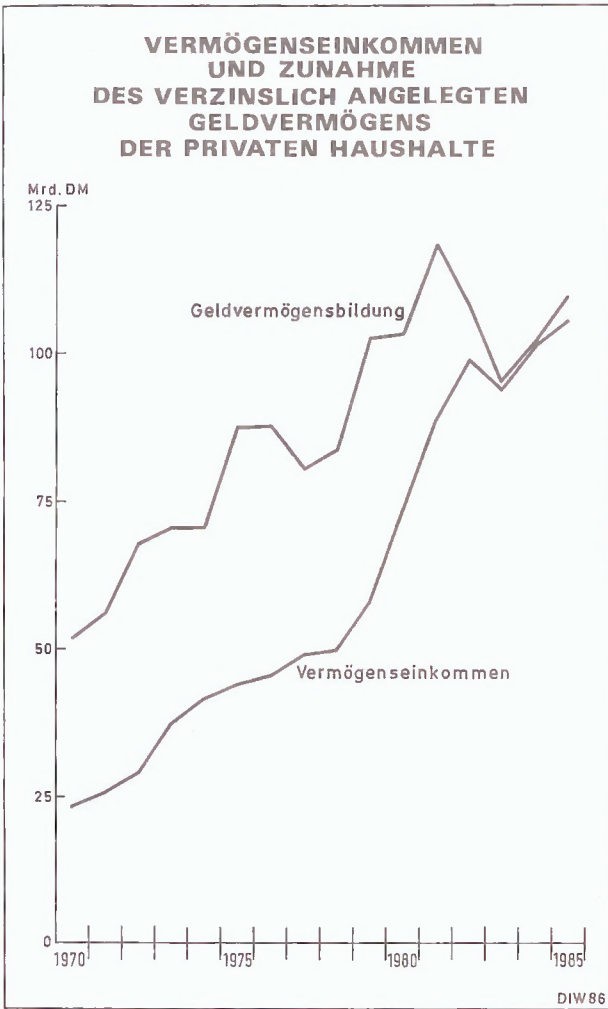
Die Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind Anfang der achtziger Jahre stark gestiegen, dann aber 1983 wegen des Zinsrückgangs um fast ein Viertel gefallen. Auf diesem Niveau verharrten sie 1984 und 1985. Ebenfalls stagnieren seit mehreren Jahren die Zinsgutschriften auf Bauspareinlagen.

Zinsen auf Versicherungen werden in der Regel bei Fristablauf zusammen mit der Versicherungssumme ausgezahlt. Eine periodengerechte Verteilung der Zinsgutschriften findet man in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Zinserträge aus Versicherungen machten

in den letzten Jahren reichlich ein Viertel der privaten Vermögenseinkommen aus; 1970 hatte dieser Anteil erst ein Sechstel betragen. Die Zinserträge, die private Haushalte aus festverzinslichen Wertpapieren erzielen, übertreffen seit einigen Jahren die Zinsgutschriften auf Spareinlagen. Mit der Ausweitung der Staatsverschuldung haben diese Erträge an Bedeutung gewonnen.

Den von privaten Haushalten empfangenen Vermögenseinkommen stehen die Zinsen auf Konsumentenschulden gegenüber. Sie beliefen sich in den letzten Jahren jeweils auf knapp 18 Mrd. DM. Der durchschnittliche Zinssatz betrug 1985 etwa 10 %. Per Saldo hatten die Haushalte 1985 Vermögenseinkommen in Höhe von 88 Mrd. DM.

Ein erheblicher Teil dieses Einkommens fließt nicht in den privaten Verbrauch, sondern in die Ersparnis. Zinsen auf Spar- und Bauspareinlagen sowie auf Versicherungen erhöhen durch „automatische“ Gutschrift die Bestände; Wertpapiererträge werden in der Regel zur Depotaufstockung verwendet. In den letzten Jahren ist die „Selbstalimentierung“ der Geldvermögensbildung immer größer geworden: Vermögenseinkommen und Zunahme des ver-



zinslich angelegten Geldvermögens hatten jeweils fast das gleiche Niveau.

#### Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen

Den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der Anstaltsbevölkerung wurden für 1985 Vermögenserträge von 4,5 Mrd. DM zugerechnet. Die Privathaushalte im engeren Sinne erhielten 1985 Vermögenseinkommen von reichlich 101 Mrd. DM. Knapp die Hälfte dieser Summe ist an Arbeitnehmer-Haushalte geflossen, jeweils rund ein Viertel an Haushalte von Selbständigen und Nichterwerbspersonen.

Selbständigen-Haushalte haben im Durchschnitt ein höheres verfügbares Einkommen und eine höhere Sparquote als Haushalte anderer sozialer Gruppen. Sie besitzen auch ein größeres Geldvermögen, für das sie meist Anlageformen mit attraktiver Verzinsung wählten. Hier ist der Wertpapierbestand vergleichsweise hoch; auch Lebensversicherungen spielen eine besondere Rolle. Wie schon erwähnt, sind Lebensversicherungsverträge für Selbständige die typische Form der materiellen Alters- und Hinterbliebenenvorsorge, die bei Arbeitnehmern überwiegend durch Ansprüche an die Sozialversicherung oder den Staat gewährleistet wird. Insgesamt erzielen Selbständigen-Haushalte Vermögenseinkommen, die im Durchschnitt deutlich über denen anderer Haushaltsgruppen liegen.

Relativ gesehen entwickelten sich die durchschnittlichen Vermögenseinkommen der Selbständigen- und der Arbeitnehmer-Haushalte von 1970 bis 1985 zwar kaum

Tabelle 6

**Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen<sup>1</sup>**  
in Mrd. DM

Jahr	Selbständigen		Haushalte von				Versorgungsempfängern d. öffentl. Dienstes	Zusammen
	in der Land- und Forstwirtschaft	außerhalb	Ange-stellten <sup>2</sup>	Beamten	Arbeitern <sup>2</sup>	Rentnern <sup>3</sup>		
1970	0,7	5,0	4,4	1,3	4,5	5,6	1,0	22,5
1971	0,7	5,4	5,0	1,5	4,9	6,2	1,1	24,8
1972	0,7	6,1	5,8	1,8	5,4	7,1	1,2	28,1
1973	0,9	7,8	7,4	2,3	6,7	9,0	1,5	35,6
1974	1,0	8,1	8,5	2,6	7,5	10,5	1,8	40,0
1975	1,0	8,6	9,2	2,7	7,3	10,8	1,8	41,4
1976	1,0	8,9	9,9	2,9	7,6	11,6	1,9	43,8
1977	1,1	9,8	10,8	3,1	8,0	12,2	1,9	46,9
1978	1,1	10,0	11,4	3,1	8,1	12,2	1,9	47,8
1979	1,2	11,8	13,6	3,6	9,2	13,8	2,2	55,4
1980	1,6	14,4	17,8	4,7	11,7	17,6	2,8	70,6
1981	2,0	18,1	21,6	5,5	13,8	20,3	3,2	84,5
1982	2,2	19,8	24,4	6,3	15,1	23,2	3,5	94,5
1983	2,1	19,5	23,5	6,0	13,9	21,2	3,2	89,4
1984	2,2	20,9	25,6	6,5	14,9	23,0	3,3	96,4
1985	2,3	22,1	27,1	6,8	15,4	24,1	3,4	101,2

<sup>1</sup>) Ohne Anstaltsbevölkerung. — <sup>2</sup>) Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. — <sup>3</sup>) Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.

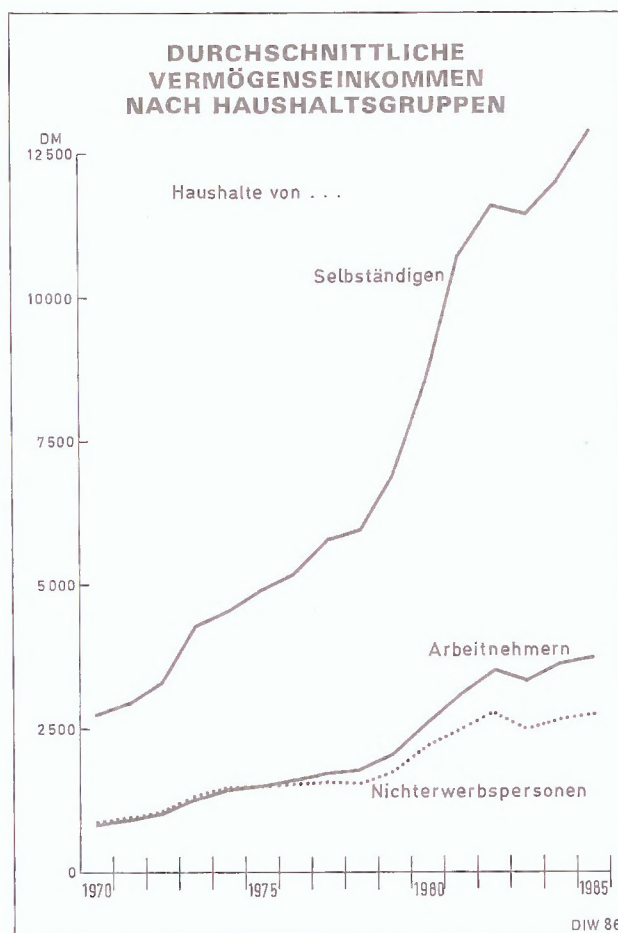
Quelle: Berechnungen des DIW nach Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Tabelle 7

**Durchschnittliche Vermögenseinkommen  
nach Haushaltsgruppen<sup>1</sup>  
in DM**

Jahr	Haushalte von			Zusammen
	Selbstständigen	Arbeitnehmern <sup>2</sup>	Nicht-erwerbspersonen	
1970	2 730	830	890	1 030
1971	2 940	910	960	1 110
1972	3 300	1 010	1 070	1 240
1973	4 290	1 270	1 310	1 550
1974	4 550	1 440	1 480	1 720
1975	4 880	1 500	1 480	1 780
1976	5 180	1 600	1 530	1 860
1977	5 780	1 720	1 570	1 980
1978	5 940	1 770	1 550	2 010
1979	6 900	2 040	1 740	2 310
1980	8 510	2 610	2 190	2 910
1981	10 730	3 110	2 470	3 440
1982	11 600	3 490	2 760	3 820
1983	11 330	3 310	2 480	3 600
1984	11 990	3 590	2 650	3 860
1985	12 620	3 730	2 740	4 020

1) Ohne Anstaltsbevölkerung. — 2) Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe.  
Quelle: Berechnungen des DIW nach Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.



unterschiedlich. Die absoluten Abstände haben sich jedoch beträchtlich vergrößert: Betrug die Differenz 1970 rund 2 000 DM, so stieg sie bis 1985 auf rund 9 000 DM.

Schwächer haben sich die Vermögenseinkommen der Haushalte von Rentnern und Beamtenpensionären entwickelt. Nach Ergebnissen der Einkommens- und Ver-

brauchsstichprobe von 1983 haben die vergleichsweise niedrig verzinsten Spareinlagen noch immer einen großen Anteil am Geldvermögen dieser Haushaltsgruppen<sup>12</sup>.

<sup>12</sup> Vgl. Manfred Euler, a.a.O., S. 418.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00  
BTX-Systemnummer + 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp  
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.  
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Jochen Bethkenhagen.

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1985. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.  
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.  
Zuzüglich Versandkosten.